Zeitschrift: Schweizerisches Handelsamtsblatt = Feuille officielle suisse du commerce = Foglio ufficiale svizzero di commercio

Herausgeber: Staatssekretariat für Wirtschaft

Band: 36 (1918)

Heft: 209

Anhang: Ursprungsausweise = Documents d'origine

Autor: [s.n.]

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 13.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Ursprungsausweise

(Bundesratsbeschluss vom 30. August 1918.)

Der schweizerische Bundesrat, gestützt auf den Bundesbeschluss vom 3. August 1914 betreffend Massnahmen zum Schutze des Landes und zur Aufrechthaltung der Neutralität,

beschliesst:

A. Ursprungsausweis und Ursprungszeugnis

Art. 1. Ursprungsausweis im Sinne dieses Bundesratsbeschlusses ist jede Urkunde, die bestimmt ist, den Ursprung einer Ware festzustellen.

Als Ursprungsausweis gilt namentlich das Ursprungszeugnis.

Art. 2. Ursprungszeugnis im Sinne dieses Bundesratsbeschlusses ist der Ursprungsausweis, den eine zur Ausstellung von Ursprungszeugnissen befugte Stelle (Art. 3) ausgestellt hat.

Der von einem Dritten ausgefertigte Ursprungsausweis gilt als von einer solchen Stelle ausgestellt, wenn sie die Richtigkeit der in der Urkunde enthaltenen Angaben auf dieser selbst bescheinigt hat.

Art. 3. Das schweizerische Volkswirtschaftsdepartement bezeichnet die Zeugnisstellen und umschreibt deren örtliche und sachliche Zuständigkeit.

Die Befugnis zur Ausstellung von Ursprungszeugnissen darf nur solchen Stellen eingeräumt werden, die für pflichtgemässe Durchführung der Vorschriften dieses Bundesratsbeschlusses jede Gewähr bieten.

Die Zuständigkeit der Zeugnisstellen ist so zu ordnen, dass ein Gesuchsteller für Waren gleicher Art nur von einer Stelle Ursprungszeugnisse erhalten kann.

Art. 4. Die Zeugnisstelle hat das Ursprungszeugnis nur auszustellen, wenn sie hierzu zuständig ist und nach pflichtgemässer Prüfung die Ueberzeugung gewonnen hat, dass die in der Urkunde enthaltenen Angaben richtig sind.

Art. 5. Die Zeugnisstelle hat, soweit es erforderlich ist, eine Untersuchung über die Richtigkeit der im Ursprungszeugnisgesuch enthaltenen Angaben durchzuführen.

Die die Untersuchung führende Person ist berechtigt, den Gesuchsteller und dessen Angestellte zu Protokoll einzuvernehmen.

Der Gesuchsteller ist verpflichtet, der die Untersuchung führenden Person die erforderlichen Auskünfte zu erteilen, ihr Geschäftsbriefe, Fakturen, Muster u. dgl. vorzulegen und sie die nötigen Feststellungen in seinem Betriebe vornehmen zu lassen. Ueber die hierbei gemachten Wahrnehmungen und Feststellungen ist Stillschweigen zu beobachten.

Die Kosten der Untersuchung sind vom Gesuchsteller vorzuschiessen und werden von ihm getragen.

Art. 6. Die Zeugnisstelle kann durch Vermittlung der Organe der Zollverwaltung einer mit Ursprungszeugnis versehenen Warensendung zu Kontrollzwecken Muster entnehmen lassen.

Art. 7. Die Zeugnisstelle hat über ihre Tätigkeit so Buch zu führen, dass sie jederzeit in der Lage ist, über Nummer und Inhalt des ausgestellten Ursprungszeugnisses und über das Datum der Ausstellung sowie gegebenenfalls über die abgewiesenen Begehren um Ausstellung von Ursprungszeugnissen Aufschluss zu geben.

Art. 8. Die Stelle, die das Ursprungszeugnis ausgestellt hat, hat die ihr als Beleg eingereichten Urkunden vor der Rückgabe mit Datumsvermerk abzustempeln und, wenn möglich, für die gleiche Verwendung untauglich zu machen.

Sie kann vom Gesuchsteller eine schriftliche Erklärung darüber, welche Belege er als Ursprungsausweise beigebracht hat, sowie beglaubigte Kopien dieser Ursprungsausweise verlangen.

Art. 9. Die Organe der Zeugnisstellen und die mit der Untersuchung des Ursprungs einer Ware betrauten Personen sind verpflichtet, ihrer Zeugnisstelle Mitteilung zu machen, wenn Verdacht besteht oder festgestellt ist, dass eine Strafbestimmung über Ursprungsausweise übertreten worden ist.

Besteht ein solcher Verdacht, so hat die Zeugnisstelle eine Untersuchung durchzuführen. Dabei sind die Art. 5 und 6 dieses Bundesratsbeschlusses entsprechend anwendbar.

Die Zeugnisstelle ist verpflichtet, Strafanzeige zu erstatten, wenn sie von einer Uebertretung der Strafbestimmungen über Ursprungsausweise Kenntnis erhält.

Art. 10. Den Organen der Zeugnisstellen und den mit der Untersuchung des Ursprungs einer Ware betrauten Personen als solchen ist es untersagt, ein Geschenk oder einen andern ihnen nicht gebührenden Vorteil zu fordern, anzunehmen oder sich versprechen zu lassen.

Diese Personen handeln auch dann pflichtwidrig, wenn das Geschenk oder der Vorteil nicht für sie selbst bestimmt ist, sowie auch dann, wenn mit ihrem Wissen und Willen ein Dritter das Geschenk oder den Vorteil fordert, annimmt oder sich versprechen lässt.

Art. 11. Die Zeugnisstellen sind hinsichtlich der ihnen durch diesen Bundesratsbeschluss zugewiesenen Tätigkeit der Aufsicht des schweizerischen Volkswirtschaftsdepartements unterstellt.

Die mit der Ausstellung von Ursprungszeugnissen befassten und die mit der Untersuchung des Ursprungs einer Ware betrauten Personen unterstehen der Aufsicht und Disziplinargewalt der Zeugnisstellen.

Diese Personen sind disziplinarisch zu strafen, wenn sie sich in ihren dienstlichen Funktionen pflichtwidrige Handlungen oder Unterlassungen zuschulden kommen lassen oder Handlungen begehen, die mit der Ausübung ihrer Funktionen als unverträglich erscheinen.

Als Disziplinarstrafen können über den Fehlbaren Ordnungsbusse von fünf bis fünfhundert Franken, Einstellung auf höchstens drei Monate oder Entlassung verhängt werden. Die Ordnungsbussen fallen der Winkelriedstiftung zu.

Art. 12. Ueber Beschwerden gegen die Amtsführung einer Zeugnisstelle entscheidet nach Einvernahme derselben endgültig das schweizerische Volkswirtschaftsdepartement.

Die Frist zur Anhebung der Beschwerde beträgt zehn Tage; wegen Rechtsverweigerung oder Rechtsverzögerung kann jederzeit Beschwerde geführt werden.

B. Kontrolle bei der Warenausfuhr

Art. 13. Bei der Warenausfuhr ist das Ursprungszeugnis den Begleitpapieren (Frachtbrief, Postbegleitadresse, Zolldeklaration usw.) der Sendung beizufügen, zu der es gehört.

In der Zolldeklaration sollen vorgemerkt werden die Stelle, die das Ursprungszeugnis ausgestellt hat, die Nummer des Ursprungszeugnisses und das Datum der Ausstellung.

Art. 14. Die Verwendung der Ursprungszeugnisse bei der Warenausfuhr wird von den Organen der Eisenbahnen, der Post und des Zolls überwacht.

Diese Organe haben zu prüfen, ob das Ursprungszeugnis von einer befugten Stelle formell richtig ausgestellt ist.

Die Zollämter haben überdies, soweit möglich, zu prüfen, ob die im Ursprungszeugnis enthaltenen Angaben richtig sind.

Art. 15. Nicht beanstandete Ursprungszeugnisse sind von der mit der Prüfung der Warensendung befassten Amtsstelle abzustempeln und den Begleitpapieren wieder beizufügen.

Die Zollämter haben auf Ersuchen einer Zeugnisstelle den mit Ursprungszeugnissen austretenden Waren zu Kontrollzwecken Muster zu entnehmen und diese aufzubewahren, bis die ersuchende Stelle anders verfügt.

Art. 16. Die mit der Prüfung der Warensendung befassten Amtsstellen haben unrichtige oder unvollständige Ursprungszeugnisse zur Richtigstellung oder Ergänzung zurückzugeben, sofern nicht angenommen werden kann, dass eine strafbare Handlung vorliegt.

Art. 17. Besteht Verdacht oder ist festgestellt, dass eine strafbare Handlung vorliegt, so wird die Warensendung zurückbehalten.

Die mit der Prüfung der Warensendung befasste Amtsstelle führt eine vorläufige Untersuchung durch. Dabei sind die Art. 2, 5 und 6 des Bundesgesetzes betreffend das Verfahren bei Uebertretung fiskalischer und polizeilicher Bundesgesetze vom 30. Juni 1849 entsprechend anwendbar.

Die Akten der vorläufigen Untersuchung sind auf dem Dienstwege der Oberbehörde (Generaldirektion der Schweizerischen Bundesbahnen, Oberpostdirektion und Oberzolldirektion) und von dieser an die zur Ausstellung von Ursprungszeugnissen befugte Stelle zu übermitteln.

C. Straf- und Strafverfahrensbestimmungen

Art. 18. Soweit die nachfolgenden Vorschriften nicht anders bestimmen, findet der erste Abschnitt des Bundesgesetzes vom 4. Februar 1853 über das Bundesstrafrecht der schweizerischen Eidgenossenschaft sinngemäss Anwendung.

Art. 19. Wenn dieser Bundesratsbeschluss es nicht anders bestimmt, ist strafbar nur, wer vorsätzlich gehandelt hat.

Art. 20. Bestimmt es dieser Bundesratsbeschluss nicht anders, so ist die kürzeste Dauer der Zuchthausstrafe ein Jahr, die längste Dauer drei Jahre.

Bestimmt es dieser Bundesratsbeschluss nicht anders, so ist die kürzeste Dauer der Gefängnisstrafe acht Tage, die längste Dauer zwei Jahre.

Der geringste Betrag der Busse ist hundert Franken, der höchste fünfhunderttausend Franken.

Eine Umwandlung der Busse in Freiheitsstrafe findet nicht statt.

Art. 21. Gegenstände, die zur Verübung einer strafbaren Handlung gedient haben oder bestimmt waren oder durch eine strafbare Handlung hervorgebracht worden sind, können vom Strafrichter eingezogen werden und verfallen dann dem Staate, dessen Gerichte über die strafbare Handlung geurteilt haben.

Der Staat, dessen Gerichte über eine der in Art. 24 bis 30 und 33 dieses Bundesratsbeschlusses vorgesehenen strafbaren Handlungen urteilen, kann vom Strafrichter verlangen, dass die Waren, auf die sich die strafbare Handlung bezieht, mit Beschlag belegt werden und hat daran für Busse und Kosten ein Retentionsrecht.

Art. 22. Die Strafbestimmungen dieses Bundesratsbeschlusses über den Ursprungsausweis, der nicht Ursprungszeugnis ist, finden Anwendung auf die in der Schweiz begangenen strafbaren Handlungen, die sich auf Ursprungsausweise des Auslandes beziehen.

Art. 23. Die Strafbestimmungen dieses Bundesratsbeschlusses finden auch Anwendung auf im Ausland begangene Fälschungen oder Verfälschungen von Ursprungszeugnissen und auf den Gebrauch von gefälschten, verfälschten oder unrichtigen Ursprungszeugnissen gegenüber schweizerischen Amtsstellen im Auslande.

Art. 24. 1. Wer ein Ursprungszeugnis fälscht oder verfälscht oder die echte Unterschrift des Organes einer zur Austellung von Ursprungszeugnissen befugten Stelle zur Herstellung eines unwahren Ursprungszeugnisses benützt,

wer den Befund oder das Gutachten einer mit der Untersuchung der Ware betrauten Person (Art. 5 und 9) fälscht oder verfälscht oder deren echte Unterschrift zur Herstellung eines unwahren Befundes oder Gutachtens benützt,

wird mit Zuchthaus bis zu zehn Jahren und Busse oder mit Gefängnis und Busse bestraft.

2. Wer einen Ursprungsausweis, der nicht Ursprungszeugnis ist, fälscht oder verfälscht oder die echte Unterschrift eines andern zur Herstellung einer unwahren Urkunde dieser Art benützt, wird mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren und Busse oder mit Gefängnis und Busse bestraft.

Art. 25. 1. Das Organ einer zur Ausstellung von Ursprungszeugnissen befugten Stelle, das in einem Ursprungszeugnis eine rechtlich erhebliche Tatsache unrichtig beurkundet,

die mit der Untersuchung des Usprungs einer Ware betraute Person (Art. 5 und 9), die über rechtlich erhebliche Tatsachen einen unrichtigen Befund oder ein unrichtiges Gutachten abgibt,

wird mit Zuchthaus und Busse oder mit Gefängnis und Busse bestraft.

2. Wer in einem Ursprungsausweis, der nicht Ursprungszengnis ist, eine rechtlich erhebliche Tatsache unrichtig beurkundet, wird mit Gefängnis und Busse oder mit Gefängnis oder mit Busse bestraft.

Art. 26. 1. Wer ein gefälschtes, verfälschtes oder unrichtiges Ursprungszeugnis, einen solchen Befund oder ein solches Gutachten zur Täuschung gebraucht, wird mit Zuchthaus und Busse oder mit Gefängnis und Busse bestraft.

2. Wer einen solchen Ursprungsausweis, der nicht Ursprungszeugnis ist, zur Täuschung gebraucht, wird mit Gefängnis und Busse oder mit Gefängnis oder mit Busse bestraft.

Art. 27. 1. Wer vorsätzlich ein Ursprungszeugnis für Waren verwendet, zu denen es nicht gehört, wird mit Zuchthaus und Busse oder mit Gefängnis und Busse bestraft.

2. Wer vorsätzlich einen Ursprungsausweis, der nicht Ursprungszeugnis ist, für Waren verwendet, zu denen er nicht gehört, wird mit Gefängnis und Busse oder mit Busse bestraft.

3. Handelt der Täter fahrlässig, so wird er mit Busse bestraft.

Art. 28. 1. Wer durch Täuschung bewirkt, dass das Organ einer zur Ausstellung von Ursprungszeugnissen befugten Stelle in dem Ursprungszeugnis eine rechtlich erhebliche Tatsache unrichtig beurkundet,

wer durch Täuschung bewirkt, dass die mit der Untersuchung des Ursprungs einer Ware betraute Person (Art. 5 und 9) über rechtlich erhebliche Tatsachen einen unrichtigen Befund oder ein unrichtiges Gutachten abgibt,

wird mit Zuchthaus und Busse oder mit Gefängnis und Busse bestraft.

2. Wer durch Täuschung bewirkt, dass in einem Ursprungsausweis, der nicht Ursprungszeugnis ist, eine rechtlich erhebliche Tatsache unrichtig beurkundet wird, wird mit Gefängnis und Busse oder mit Gefängnis oder mit Busse bestraft.

Art. 29. 1. Wer dem Organ einer zur Ausstellung von Ursprungszeugnissen befugten Stelle (Art. 3) oder der mit der Untersuchung des Ursprungs einer Ware oder der Warensendung betrauten Person (Art. 5, 9 und 14) für eine künftige Handlung, die eine Verletzung der dienstlichen oder amtlichen Pflichten enthält, ein Geschenk oder einen andern Vorteil anbietet, verspricht, gibt oder zukommen lässt, wird mit Gefängnis und Busse bestraft.

Diese Strafbestimmung findet auch Anwendung, wenn das Geschenk oder der Vorteil nicht für den zu Bestechenden selbst bestimmt ist, sowie auch dann, wenn der Täter das Geschenk oder den Vorteil mit Wissen und Willen des zu Bestechenden einem Dritten anbietet, verspricht, gibt oder zukommen lässt.

2. Die Zuwendung oder deren Wert verfällt dem Staate, dessen Gerichte über die strafbare Handlung geurteilt haben.

Art. 30. 1. Die Organe der zur Ausstellung von Ursprungszeugnissen befugten Stellen oder die mit der Untersuchung des Ursprungs einer Ware oder der Warensendung betrauten Personen, die für eine Handlung, die eine Verletzung der dienstlichen oder amtlichen Pflichten enthält, ein Geschenk oder einen andern ihnen nicht gebührenden Vorteil fordern, annehmen oder sich versprechen lassen, werden mit Zuchthaus und Busse oder mit Gefängnis und Busse bestraft.

2. Die in Ziffer 1 genannten Personen werden, wenn sie für eine künftige Handlung, die keine Verletzung der dienstlichen oder amtlichen Pflichten enthält, ein Geschenk oder einen andern ihnen nicht gebührenden Vorteil fordern, annehmen oder sich versprechen lassen, mit Gefängnis bis zu sechs Monaten oder mit Busse bestraft.

3. Die Strafbestimmungen der Ziffern 1 und 2 finden auch Anwendung, wenn das Geschenk oder der Vorteil nicht für den Täter selbst bestimmt ist, sowie auch dann, wenn mit Wissen und Willen des Täters ein Dritter das Geschenk oder den Vorteil fordert, annimmt oder sich versprechen lässt.

4. Die Zuwendung oder deren Wert verfällt dem Staate, dessen Gerichte über die strafbare Handlung geurteilt haben.

Art. 31. Wer, ohne zur Ausstellung von Ursprungszeugnissen befugt zu sein, sich diese Befugnis anmasst, wird mit Gefängnis und Busse oder mit Busse bestraft.

Art. 32. Wer das Organ einer zur Ausstellung von Ursprungszeugnissen befugten Stelle (Art. 3) oder die mit der Untersuchung des Ursprungs der Ware oder der Warensendung betraute Person (Art. 5, 9 und 14) an einer innerhalb ihrer amtlichen oder dienstlichen Befugnisse liegenden Handlung hindert oder einer von ihnen innerhalb ihrer Zuständigkeit erlassenen Verfügung nicht Folge leistet, wird mit Busse bestraft.

Art. 33. Wer die gestützt auf Art. 36 bis 38 dieses Bundesratsbeschlusses verhängte Sperre bricht oder umgeht, wird mit Gefängnis und Busse oder mit Busse bestraft.

Art. 34. Die Verfolgung und Beurteilung der genannten strafbaren Handlungen liegt den Kantonen ob, soweit nicht der Bundesrat Ueberweisung an das Bundesgericht verfügt.

Art. 35. Ist wegen einer Uebertretung der Strafbestimmungen über Ursprungsausweise gegen ein Organ einer zur Ausstellung von Ursprungszeugnissen befugten Stelle Strafklage erhoben worden, so wird das Organ von der ihm vorgesetzten Stelle für die Dauer des Strafverfahrens in seinen Funktionen im Ursprungsausweisverkehr eingestellt.

D. Sperre

Art. 36. Die Zeugnisstelle kann die Ausstellung von Ursprungszeugnissen sistieren gegenüber einer Firma, gegen deren Inhaber, Teilhaber, Organ, Bevollmächtigten oder Angestellten wegen einer der in Art. 24 bis 30 und 33 dieses Bundesratsbeschlusses bezeichneten strafbaren Handlungen Strafanzeige eingereicht worden ist. Die Sistierungsverfügung ist sofort dem schweizerischen Volkswirtschaftsdepartement, unter Angabe des Sachverhaltes, zur Genehmigung vorzulegen.

Das schweizerische Volkswirtschaftsdepartement kann einer Firma für die Dauer des Strafverfahrens den Anspruch auf Ausstellung von Ursprungszeugnissen entziehen, wenn die Voraussetzungen des ersten Satzes dieses Artikels vorliegen. Die vom Departement erlassene provisorische Sperrverfügung ist nicht weiterziehbar.

Art. 37. Der Anspruch auf Ausstellung von Ursprungszeugnissen kann der Firma bis auf drei Jahre entzogen werden, wenn deren Inhaber, Teilhaber, Organ, Bevollmächtigter oder Angestellter wegen einer der in Art. 24 bis 30 und 33 dieses Bundesratsbeschlusses bezeichneten strafbaren Handlungen verurteilt worden ist, und wenn festgestellt ist, dass den Inhaber, einen Teilhaber, ein Gesellschaftsorgan oder einen im Handelsregister eingetragenen Vertreter der Firma ein Verschulden irgendwelcher Art an der strafbaren Handlung trifft.

Die gleiche Massregel kann auch gegen den Verurteilten selbst ergriffen werden.

Art. 38. Die Sperre des Art. 37 dieses Bundesratsbeschlusses wird vom schweizerischen Volkswirtschaftsdepartement nach Durchführung einer Untersuchung verhängt, in der die beteiligte Firma und die Zeugnisstelle anzuhören sind.

Die definitive Sperrverfügung des Departements kann innert zehn Tagen nach der Mitteilung an eine vom Bundesrat zu ernennende, dreigliedrige Rekurskommission weitergezogen werden. Die Weiterziehung hat keine aufschiebende Wirkung.

Auf Gesuche um Wiedererwägung von Sperrverfügungen des Departements oder von Entscheiden der Rekurskommission darf nur eingetreten werden, wenn sie sich auf neu entdeckte oder erst eingetretene Tatsachen stützen.

E. Schlussbestimmungen

Art. 39. Dieser Bundesratsbeschluss tritt am 15. Oktober 1918 in Kraft.

Der Bundesratsbeschluss betreffend Ursprungszeugnisse (vom 25. August 1916) und der Bundesratsbeschluss zur Ergänzung des Bundesratsbeschlusses vom 25. August 1916 betreffend Ursprungszeugnisse (vom 14. Oktober 1916) finden nur noch Anwendung auf vor dem Inkrafttreten dieses Bundesratsbeschlusses hängig gemachte Gesuche um Ausstellung von Ursprungszeugnissen und auf vor dem Inkrafttreten dieses Bundesratsbeschlusses begangene strafbare Handlungen.

Art. 40. Das schweizerische Volkswirtschaftsdepartement ist mit der Vollziehung dieses Bundesratsbeschlusses beauftragt und erlässt die hierzu erforderlichen Weisungen und Verfügungen.

Documents d'origine

(Arrêté du Conseil fédéral du 30 août 1918.)

Le Conseil fédéral suisse, se fondant sur l'arrêté fédéral du 3 août 1914 relatif aux mesures propres à assurer la sécurité du pays et le maintien de sa neutralité,

arrête:

A. Document d'origine et certificat d'origine

Article premier. Le document d'origine au sens du présent arrêté est tout titre destiné à constater l'origine d'une marchandise.

Est notamment considéré comme tel le certificat d'origine.

Art. 2. Le certificat d'origine au sens du présent arrêté est le document d'origine établi par un office (art. 3) autorisé à délivrer des certificats d'origine.

Le document d'origine établi par un tiers est considéré comme émanant d'un tel office, lorsque celui-ci a attesté dans le titre même l'exactitude des indications qu'il renferme.

Art. 3. Le Département suisse de l'économie publique désigne les offices de délivrance et il en détermine la compétence territoriale et matérielle.

L'autorisation de délivrer des certificats d'origine ne peut être accordée qu'aux offices offrant toutes garanties pour l'application scrupuleuse des prescriptions contenues dans le présent arrêté.

La compétence des offices est réglée de telle façon que le requérant ne puisse obtenir que d'un seul et même office des certificats d'origine pour les marchandises de même genre.

Art. 4. L'office ne doit établir un certificat d'origine que s'il en a la compétence et s'il est convaincu, à la suite d'un examen scrupuleux, de l'exactitude des indications que le titre renferme.

Art. 5. L'office doit procéder, en tant que de besoin, à une enquête sur l'exactitude des indications contenues dans la demande de certificat d'origine.

La personne dirigeant l'enquête a le droit de soumettre le requérant et ses employés à un interrogatoire dont il est dressé procès-verbal.

Le requérant est astreint à fournir les renseignements nécessaires à la personne qui dirige l'enquête, à lui présenter ses lettres d'affaires, factures, échantillons, etc., ainsi qu'à la laisser procéder aux constatations nécessaires dans son exploitation. Le secret doit être observé sur les remarques et constatations faites.

Le requérant fait l'avance des frais d'enquête et supporte ceux-ci.

Art. 6. L'office peut faire prélever dans un but de contrôle, par l'entremise des organes de l'administration des douanes, un échantillon de l'envoi de marchandise pourvu du certificat d'origine.

Art. 7. L'office doit tenir des livres, de façon à être constamment en mesure de renseigner sur le numéro et le contenu du certificat d'origine délivré, sur la date de la délivrance et, le cas échéant, sur les demandes de délivrance d'un certificat d'origine qui ont été écartées.

Art. 8. L'office qui a délivré le certificat d'origine appose un timbre à date, avant restitution, sur les titres justificatifs produits et, si possible, il rend ceux-ci impropres à nouvel usage dans le même but.

Il peut exiger du requérant une déclaration écrite des titres justificatifs produits comme documents d'origine, ainsi que des copies légalisées de ces documents d'origine.

Art. 9. Les organes des offices et les personnes chargées de l'enquête sur l'origine d'une marchandise sont tenus d'aviser l'office en cause, lorsqu'il y a soupçon ou constatation d'infraction à une disposition pénale.

Si un tel soupçon existe, l'office procède à une enquête. Sont alors applicables par analogie les art. 5 et 6 du présent arrêté.

L'office est tenu de dénoncer les cas d'infraction à une disposition pénale qui parviennent à sa connaissance.

Art. 10. Il est interdit aux organes des offices, ainsi qu'aux personnes chargées de l'enquête sur l'origine d'une marchandise, de solliciter, d'accepter ou de se faire promettre comme tels un don ou un avantage quelconque auquel ils n'ont pas droit.

Ces personnes sont également coupables lorsque le don ou l'avantage ne leur est pas destiné, de même que si c'est un tiers qui, à leur connaissance et selon leur volonté, sollicite, accepte ou se fait promettre le don ou l'avantage.

Art. 11. Les offices sont soumis, quant à l'activité que leur attribue le présent arrêté, à la surveillance du Département suisse de l'économie publique.

Les personnes chargées d'établir des certificats d'origine ou d'examiner l'origine d'une marchandise sont soumises à la surveillance et au pouvoir disciplinaire des offices.

Ces personnes sont punies disciplinairement lorsqu'elles se rendent coupables, dans l'exercice de leurs fonctions, d'actes ou omissions contraires à leur devoir ou qu'elles commettent des actes qui paraissent incompatibles avec l'exercice de leurs fonctions.

Les peines disciplinaires appliquées au fautif sont l'amende disciplinaire de cinq à cinq cents francs, la suspension pour trois mois au plus ou le renvoi. Le produit des amendes disciplinaires échoit à la fondation Winkelried.

Art. 12. Le Département suisse de l'économie publique statue définitivement sur les plaintes portées contre la gestion d'un office après l'avoir entendu.

Le délai de recours est de dix jours. Il peut être porté plainte en tout temps pour déni de justice ou retard non justifié.

B. Contrôle à l'exportation des marchandises

Art. 13. Le certificat d'origine est joint, lors de l'exportation de la marchandise, aux papiers d'accompagnement (lettre de voiture, bulletin d'expédition de la poste, déclaration en douane pour l'exportation, etc.) de l'envoi auquel il se rapporte.

La déclaration en douane est revêtue d'une annotation indiquant l'office qui a délivré le certificat d'origine, le numéro de ce certificat et la date de la délivrance.

Art. 14. Les organes des chemins de fer, des postes et des douanes surveillent l'emploi des certificats d'origine lors de l'exportation de la marchandise.

Ces organes examinent si le certificat d'origine a été délivré en due forme par un office autorisé.

Les bureaux de douane examinent de plus, dans la mesure du possible, si les indications contenues dans le certificat d'origine sont exactes.

Art. 15. L'autorité occupée à examiner l'envoi de marchandises timbre les certificats d'origine non contestés et joint de nouveau ceux-ci aux papiers d'accompagnement.

Les bureaux de douanes prélèvent dans un but de contrôle, à réquisition d'un office autorisé à délivrer des certificats d'origine, un échantillon de la marchandise qui sort pourvue du certificat d'origine et ils conservent cet échantillon jusqu'à ce que l'office requérant en décide autrement.

Art. 16. Les autorités occupées à examiner l'envoi de marchandise restituent pour correction ou complément les certificats d'origine inexacts ou incomplets, dans la mesure où l'existence d'un acte punissable ne saurait être admise.

Art. 17. Lorsqu'il y a soupçon ou constatation de l'existence d'un acte punissable, l'envoi de marchandise est retenu.

L'autorité occupée à examiner de l'envoi de marchandise procède à une enquête provisoire. Sont dans ce cas applicables par analogie les art. 2, 5 et 6 de la loi fédérale du 30 juin 1849 sur le mode de procéder à la poursuite des contraventions aux lois fiscales et de police de la Confédération.

Le dossier de l'enquête provisoire est transmis par la voie du service à l'autorité supérieure (direction générale des chemins de fer fédéraux, direction générale des postes et direction générale des douanes) et par celle-ci à l'office autorisé à délivrer des certificats d'origine.

C. Dispositions de droit pénal et de procédure pénale

Art. 18. La première partie du Code pénal fédéral du 4 février 1853 est applicable par analogie, pour autant que les prescriptions suivantes n'en disposent pas autrement.

Art. 19. Sauf disposition contraire du présent arrêté, seul celui qui a agi intentionnellement est punissable.

Art. 20. Pour autant que cet arrêté n'en dispose pas autrement, la durée de la réclusion est d'un an au moins et de trois ans au plus.

Pour autant que cet arrêté n'en dispose pas autrement, la durée de l'emprisonnement est de huit jours au moins et de deux ans au plus.

L'amende est de cent francs au moins et de cinq cent mille francs au plus.

L'amende ne peut pas être convertie en peine privative de liberté.

Art. 21. Les objets qui ont servi ou devaient servir à commettre un acte punissable, ou qui ont été créés par un tel acte, peuvent être confisqués par le juge pénal et sont acquis dans ce cas à l'Etat dont les tribunaux ont jugé l'acte punissable.

L'Etat dont les tribunaux jugent un des actes punissables prévus aux articles 24 à 30 et 33 du présent arrêté, peut requérir du juge pénal le séquestre des marchandises auxquelles se rapporte l'acte punissable et il a, pour garantie du paiement de l'amende et des frais, un droit de rétention sur ces marchandises.

Art. 22. Les dispositions pénales du présent arrêté relatives au document d'origine ne constituant pas un certificat d'origine sont applicables aux actes punissables commis en Suisse qui concernent des documents d'origine de l'étranger.

Art. 23. Les dispositions pénales du présent arrêté sont également applicables aux contrefaçons ou falsifications de certificats d'origine commises à l'étranger, ainsi qu'à l'usage, vis-à-vis d'autorités suisses en pays étranger, de certificats d'origine falsifiés, contrefaits ou inexacts.

Art. 24. 1. Celui qui aura contrefait ou falsifié un certificat d'origine ou qui, dans le but de fabriquer un certificat d'origine supposé, aura abusé de la signature réelle de l'organe d'un office autorisé à délivrer des certificats d'origine,

celui qui aura contrefait ou falsifié le constat ou rapport d'une personne chargée de l'enquête sur l'origine d'une marchandise (art. 5 et 9) ou qui, dans le but de fabriquer un constat ou rapport supposé, aura abusé de la signature réelle de cette personne,

sera puni de la réclusion jusqu'à dix ans et de l'amende ou de l'emprisonnement et de l'amende.

2. Celui qui aura contrefait ou falsifié un document d'origine ne constituant pas un certificat d'origine on qui, dans le but de fabriquer un titre supposé de ce genre, aura abusé de la signature réelle d'autrui, sera puni de la réclusion juqu'à cinq ans et de l'amende ou de l'emprisonnement et de l'amende.

Art. 25. 1. L'organe d'un office autorisé à délivrer des certificats d'origine qui aura constaté faussement dans un certificat un fait ayant une portée juridique,

celui qui, étant chargé de l'enquête sur l'origine d'une marchandise (art. 5 et 9), aura fourni un constat ou un rapport faux sur des faits ayant une portée juridique,

sera puni de la réclusion et de l'amende ou de l'emprisonnement et de l'amende.

2. Celui qui aura constaté faussement un fait ayant une portée juridique dans un document d'origine ne constituant pas un certificat d'origine sera puni de l'emprisonnement et de l'amende ou de l'emprisonnement ou de l'amende.

Art. 26. 1. Celui qui, pour tromper autrui, aura fait usage d'un certificat d'origine, constat ou rapport contrefait, falsifié ou faux, sera puni de la réclusion et de l'amende ou de l'emprisonnement et de l'amende.

2. Celui qui, pour tromper autrui, aura fait usage d'un tel document d'origine ne constituant pas un certificat d'origine, sera puni de l'emprisonnement et de l'amende ou de l'emprisonnement ou de l'amende.

Art. 27. 1. Celui qui, intentionnellement, aura utilisé un certificat d'origine pour des marchandises auxquelles il ne se rapporte pas, sera puni de la réclusion et de l'amende ou de l'emprisonnement et de l'amende.

2. Celui qui, intentionnellement, aura utilisé un document d'origine ne constituant pas un certificat d'origine pour des marchandises auxquelles il ne se rapporte pas, sera puni de l'emprisonnement et de l'amende ou de l'amende.

3. Lorsque l'auteur aura agi par négligence, il sera puni de l'amende.

Art. 28. 1. Celui qui, en induisant en erreur l'organe d'un office autorisé à délivrer des certificats d'origine, l'aura conduit à constater faussement dans un tel certificat un fait ayant une portée juridique,

celui qui, en induisant en erreur la personne chargée de faire l'enquête sur l'origine d'une marchandise (art. 5 et 9), l'aura conduite à fournir un constat ou rapport faux sur un fait ayant une portée juridique,

sera puni de la réclusion et de l'amende ou de l'emprisonnement et de l'amende.

2. Celui qui, en induisant en erreur, aura obtenu que dans un document d'origine ne constituant pas un certificat d'origine un fait ayant une portée juridique soit constaté faussement, sera puni de l'emprisonnement et de l'amende ou de l'emprisonnement ou de l'amende.

Art. 29. 1. Celui qui, pour déterminer l'organe d'un office autorisé à délivrer des certificats d'origine ou la personne chargée de faire l'enquête sur l'origine d'une marchandise ou l'expédition de cette dernière (art. 5, 9 et 14) à procéder à un acte impliquant une violation des devoirs de son service ou de sa charge, lui aura offert, promis, donné ou fait tenir un don ou un autre avantage quelconque, sera puni de l'emprisonnement et de l'amende.

Cette disposition pénale sera aussi applicable lorsque le don ou autre avantage n'aura pas été destiné à l'organe ou à la personne à corrompre ou que, au su et selon la volonté de cet organe ou de cette personne, l'auteur aura offert, promis, donné ou fait tenir à un tiers le don ou autre avantage.

2. Le don ou autre avantage, le cas échéant son produit, est acquis à l'Etat dont les tribunaux ont jugé l'acte punissable.

Art. 30. 1. Les organes des offices ou les personnes chargées de faire l'enquête sur l'origine d'une marchandise ou l'expédition de cette dernière qui, pour procéder à un acte impliquant une violation des devoirs de leur service ou de leur charge, auront d'avance sollicité, accepté ou se seront fait promettre un don ou un autre avantage quelconque auquel ils n'avaient pas droit, seront punis de la réclusion et de l'amende ou de l'emprisonnement et de l'amende.

2. Les personnes mentionnées sous chiffre 1er ci-dessus qui, pour procéder à un acte n'impliquant pas une violation des devoirs de leur service ou de leur charge, auront sollicité, accepté ou se seront fait promettre un don ou un autre avantage quelconque auquel elles n'avaient pas droit, seront punies de l'emprisonnement jusqu'à six mois ou de l'amende.

3. Les dispositions pénales sous chiffre 1 et 2 seront aussi applicables lorsque le don ou autre avantage n'aura pas été destiné à l'auteur lui-même ou que, au su et selon la volonté de l'auteur, un tiers aura sollicité, accepté ou se sera fait promettre le don ou autre avantage.

4 Le don ou autre avantage, le cas échéant son produit, est acquis à l'Etat dont les tribunaux ont jugé l'acte punissable.

Art. 31. Celui qui, sans avoir été autorisé à délivrer des certificats d'origine, aura usurpé l'exercice de ces fonctions, sera puni de l'emprisonnement et de l'amende ou de l'amende.

Art. 32. Celui qui aura empêché l'organe d'un office (art. 3) ou la personne chargée de faire l'enquête sur l'origine de la marchandise ou l'expédition de cette dernière (art. 5, 9 et 14) de procéder à un acte rentrant dans ses fonctions officielles ou son service ou qui ne se sera pas conformé à une décision prise par cet organe ou cette personne dans les limites de sa compétence, sera puni de l'amende.

Art. 33. Celui qui aura violé ou éludé l'exclusion prononcée en vertu des art. 36 à 38 du présent arrêté, sera puni de l'emprisonnement et de l'amende ou de l'amende.

Art. 34. Les cantons poursuivent et jugent les actes punissables mentionnés, pour autant que le Conseil fédéral n'ordonne pas le renvoi au Tribunal fédéral.

Art. 35. Lorsque plainte pénale a été portée, pour contravention aux dispositions pénales sur les documents d'origine, contre l'organe d'un office autorisé à délivrer des certificats d'origine, l'office dont dépend l'organe suspend celui-ci, pour la durée de la procédure pénale, dans l'exercice de ses fonctions relatives aux documents d'origine.

D. Exclusion

Art. 36. Les offices peuvent suspendre la délivrance de certificats d'origine à une maison, si une plainte a été portée contre un chef, un associé, un organe, un fondé de pouvoirs ou un employé de cette maison pour l'un des actes punissables mentionnés aux art. 24 à 30 et 33 du présent arrêté. La mesure de suspension est immédiatement soumise, avec indication des faits, à l'approbation du Département suisse de l'économie publique.

Le Département suisse de l'économie publique peut priver une maison pour la durée de la procédure pénale du droit de se faire délivrer des certificats d'origine, si les conditions prévues au premier alinéa du présent article sont remplies. Il n'y a pas de recours contre cette mesure provisoire d'exclusion prise par le département.

Art. 37. La maison peut être privée pour trois ans au plus du droit de se faire délivrer des certificats d'origine, si le chef, un associé, un organe, un fondé de pouvoirs ou un employé de cette maison a été condamné pour l'un des actes punissables prévus aux art. 24 à 30 et 33 du présent arrêté et s'il est constaté qu'une faute quelconque est imputable, dans cet acte punissable, au chef, à un associé, à un organe de la société ou à un représentant de la maison inscrit au registre du commerce.

La même mesure peut être aussi prise contre le condamné lui-même.

Art. 38. L'exclusion prévue à l'art. 37 du présent arrêté est prononcée par le Département suisse de l'économie publique à la suite d'une enquête dans laquelle la maison intéressée et l'office de délivrance sont entendus.

Cette mesure définitive d'exclusion prise par le département peut être attaquée dans les dix jours dès sa communication par voie de recours auprès d'une commission de trois membres nommée par le Conseil fédéral. Ce recours n'a pas d'effet suspensif.

Il n'est entré en matière sur les requêtes en révision concernant les mesures d'exclusion prises par le département ou les décisions prises par la commission de recours que si celles-ci se fondent sur des faits nouveaux ou nouvellement découverts.

E. Dispositions finales

Art. 39. Le présent arrêté entre en vigueur le 15 octobre 1918.

L'arrêté du Conseil fédéral concernant les certificats d'origine (du 25 août 1916) et l'arrêté du Conseil fédéral relatif au complément à apporter à l'arrêté du 25 août 1916 concernant les certificats d'origine (du 14 octobre 1916) ne sont plus applicables qu'aux demandes de certificat d'origine présentées avant l'entrée en vigueur du présent arrêté et aux actes punissables commis antérieurement à cette entrée en vigueur.

Art. 40. Le Département suisse de l'économie publique est chargé de l'exécution du présent arrêté et pourvoit aux instructions et décisions nécessaires à cet effet.